

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Müllengrund, Ruchnappel und Trischheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 RM. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 RM. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Grundzeile wird mit 75 Pf. für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Restame- und amtlichen Teile kostet die dreigealtene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 RM. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortshäfen.

Verlag v. Otto Koch & Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 89

Sonnabend, den 16. April 1921

71. Jahrgang.

Die von den städtischen Körperschaften genehmigte Wasserwerksordnung nebst 1. Nachtrag liegt in der Kassenkammer innerhalb der nächsten 2 Wochen zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Lichtenstein-Callnberg, am 15. April 1921.
Der Stadtrat.

Mittwoch, den 20. April, nachm. 3—6 Uhr Amtstag in Rengers Gasthof-Müllengrund St. Michael.

— R.-L.-Nr.: 292 I. —

Wirtschaftsprüfungsausschuss, am 16. April 1921.

Sparkasse Hohndorf (Bez. Chemnitz).

Zinsfuß 3 1/2%. Tägliche Verzinsung Postsparkonto Leipzig Nr. 31489.

Gemeinde-Sparkonto Nr. 2. Strengste Geheimhaltung Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren. Geschäftstagen während des Winterhalbjahres: 8 bis 1 Uhr vorm. 3—5 Uhr nachm. und an den Tagen vor Sonn- und Festtagen durchgehend von vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr.

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungskasse der Sparkassen ist die Sparkasse Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.

Kurze wichtige Nachrichten.

Das Reichskabinett hat gestern einem direkten Angebot an Frankreich in der Reparationsfrage zugestimmt. Heber den Inhalt des Angebotes wird Dr. Simons in der Sitzung des Ausschusses für Auswärtiges vertrauliche Mitteilungen machen. Die französische Kammer hat das Gesetz über die 50-prozentige Ausfuhrzölle in zweiter Lesung angenommen, worauf das Reich zum Beschluß erhoben wurde. Der Finanzminister übermittelte es sofort dem Senat. Auch Belgien ist jetzt für die 50-prozentige Einfuhrzölle.

Der Kommunistenführer Max Hötz wurde in Berlin in einer Verhandlung mit seinem „Adjutanten“ und 2 Kommunisten verhaftet. — Ob's auch der richtige Hötz ist?

Wie die Niederländische Agentur meldet, hat die holländische Regierung die dem Kaiser und dem Kronprinzen erteilte Genehmigung, die Reise der Kaiserin bis an die holländische Grenze zu begleiten, zurückgezogen. Brauchen verbietet alle Transparenzgebungen für die Kaiserin; Anstalten, zu denen die Verstorbenen in besonderen Beziehungen gestanden hat, soll es unbenommen bleiben, ihrer Protektion oder Wohltätigkeit in schriftlichen, unpolitischen Trauerzetteln zu gedenken, doch darf auf Lehrer und Schüler keinerlei Nennung zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen ausgeübt werden.

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß sich in Rußland noch etwa 40 000 Kriegsgefangene befinden, deren Abtransport auf Schwierigkeiten stößt.

Das „B. L.“ glaubt, zu der bestimmten Annahme Grund zu haben, daß gegenüber dem französisch-polnischen Plane, welcher die Abtretung des ganzen ober-schlesischen Industriegebietes an Polen fordert, von englischer Seite der Standpunkt vertreten werde, daß ungefahr die Hälfte West und Ostpolen den Polen zugesprochen werden sollen. General Verond ist nun nach Oberschlesien zurückgekehrt, die Entscheidung wird also nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Der erste Beigeordnete der Stadt Duisburg, Regierungsrat Dr. Weidner und Polizeikommissar Klein sind am Freitag aus der Haft entlassen worden, in die sie am Donnerstag von der belgischen Besatzungsmacht ohne Angabe von Gründen gebracht worden waren.

Im Alter von 72 Jahren ist in Freiburg i. Br. der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika verstorben. Die Titoler wollten trotz des Verbots der Entente am 24. April für den Anschluß an Deutschland stimmen. Das ist das Ergebnis der gestrigen imponenten Kundgebung in Innsbruck.

Der Streik des englischen Arbeiterbundes ist vermieden worden, es wird zu neuen Verhandlungen der Bergarbeiter mit den Grubenbesitzern kommen, die Eisenbahner und Transportarbeiter sind ebenfalls für Wiederaufnahme der Arbeit.

Deutsches Reich.

Zur Abfindung des sächsischen Königshauses.

(S3.) Dresden. Wie wir schon berichteten, hat Ministerialdirektor Dr. Hedrich vom sächsischen Finanzministerium die Auseinandersetzung zwischen dem sächsischen Staat und dem vormaligen Königshaus in einer Reihe von Artikeln in der sächsischen Staatszeitung erörtert. Er kommt nach Darlegung der historischen Zusammenhänge und der rechtlichen Schwierigkeiten zu dem Schluß, daß es angeht, die Lasten, die man schon 1831 davor zurückgedrückt ist, die Rechtsverhältnisse an den in Frage kommenden Gesamtvermögensmassen wie an den einzelnen Wertgegenständen an einzelnen Marktzustellen, auch diesmal ein vergebliches Be-

Neue Pläne.

Minister Simons ist wieder Vertrauensmann der Regierung, die Krise seines „Matin“-Interviews ist behoben. Die Volkliche Zeitung hört, daß die Reichsregierung voraussichtlich in der Lage sein werde, kommenden Dienstag vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Reichstages Erklärungen geben. Gestern vormittag habe Reichsminister Dr. Simons mit den Gewerkschaftsführern ausführliche Besprechungen über die deutschen Wiederaufbaupläne gehabt. Es verlautet, daß der Plan einer Beteiligung der Entente an unserer Großindustrie die Grundlage der neuen Vorschläge Simons bilde, die Entente soll Vorkurskapital erhalten, die etwa 30 Prozent des in unserer Großindustrie festgelegten Kapitals ausmachen. Näheres darüber wird man ja bald hören. Inzwischen sehen die französischen Zeitungen ihre Erörterungen fort, was am 1. Mai geschehen werde, wenn Deutschland nicht zahlt. Es werde vor allem die Entfestigung des Ruhrgebiets und die Blockade von Hamburg in Aussicht genommen.

Von anderer Seite wird hierzu noch gemeldet: Der deutsche Vorschlag bewege sich nach zwei Richtungen. Zunächst werde ein möglichst klarer und praktisch ausführbarer Plan für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs umrissen werden. Sodann werde die Möglichkeit festgelegt werden, wie Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit den unmittelbar den Geldbedürfnissen der Alliierten, insbesondere Frankreichs, soweit dieses Geldbedürfnis aus den Kriegsereignissen zu erklären sind, nachkommen kann. Interessant ist, daß 2 verantwortliche Vertreter im Ministerium des Auswärtigen und im Reichsfinanzministerium augenblicklich von ihrem Inhaber verlassen sind. Die Ministerialdirektoren Dr. v. Simson und v. Stöckhausen haben

müssen sein wird, den Anwälten der in Jahrhunderten gesponnenen und verworrenen Fäden zu entwirren. Wie damals, so werde man auch jetzt den gordischen Knoten durch eine gütliche Verständigung lösen müssen. Es ist zu hoffen, daß die bevorstehenden Verhandlungen darüber von beiden Seiten mit derselben Vornehmheit geführt werden, die so schnell und befriedigend besonders in den anderen Mittel- und kleinen Staaten zu einem Ergebnis geführt hat. Was dort möglich gewesen ist, sollte in unserem Lande Sachsen nicht unmöglich sein!

Der Rechtsausschuss des Landtages für die Strafverfolgung von Abgeordneten.

(S3.) In seiner Donnerstag-Sitzung beschäftigte sich der Rechtsausschuss des sächsischen Landtages u. a. mit zwei Anträgen auf Genehmigung zur Strafverfolgung der beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Bethke und Müller-Chemnitz. Der erstere ist der Beleidigung des Freiburger Oberbürgermeisters Haupt, begangen durch einen Artikel im „Armen Conrad“ beschuldigt, der zweite wegen eines in Fortsbeamten beleidigenden Artikels in der Chemnitzer Volksstimme. Von der Erwägung ausgehend, daß die Beleidigten Beamte an verantwortungsvollen Stellen sind und daß man denen, ihrer vorgelegten Behörden wegen, unbedingt die Möglichkeit zur Entkräftung der gegen sie erhobenen Anschuldigungen durch den Austrag der Beleidigungsklage geben muß, beschloß der Rechtsausschuss mit neun bürgerlichen gegen acht sozialistische Stimmen, die Genehmigung zur Strafverfolgung der genannten beiden Abgeordneten vom 1. Juli ab zu erteilen.

Der neue Rammerger Bezirks-Schulrat.

(S3.) Nach einer amtlichen Mitteilung ist der Lehrer Schneider in Commerau zum Bezirks-Schulrat von Rammer ernannt worden. Diese Ernennung bedeutet geradezu eine Brückensicherung der im wesentlichen wendischen Bevölkerung dieses Schulinspektionsbezirks. Den Wendem war auch vom Kultusministerium zugesagt worden, daß man bei der Neubesetzung des Rammerger Bezirks-Schulratspostens Vorschläge von wendischer Seite einholen wird. Nunmehr hat das Kultus-

einen längeren Urlaub angetreten, von dem sie nicht an ihre Wirkungsstätte zurückkehren werden.

Eine späte Londoner Feststellung.

Die Morningpost berichtet aus Paris, daß die Wiederherstellungskommission zu ihrer eigenen Ueberraschung festgestellt habe, daß das feinerzeitige deutsche Angebot eine Summe darstelle, die den von der Pariser Konferenz geforderten Betrag übersteigt. Ein Gewährsmann des Vertreters des United Telegraph erklärt wörtlich: Die Pariser Konferenz verlangte innerhalb von fünf Jahren Zahlungen in Höhe von 16 Milliarden, wohingegen das deutsche Angebot zwar auf den ersten Blick einen geringeren Betrag darzustellen schien. Aber ich weiß, daß sogar die deutsche Botschaft stundenlang Mühe hatte, aus dem Angebot klar zu werden, und seine Tragweite festzustellen. Nichtsdestoweniger war die Londoner Konferenz, nachdem die deutschen Vorschläge eingereicht waren, schon mit deren Ablehnung fertig, ohne daß die Sachverständigen der Entente, die der Angelegenheit noch weit fremder gegenüberstanden als die deutsche Botschaft, in der Lage gewesen wären, sich ein tatsächliches Bild von dem Inhalt zu machen. Nachdem die Finanzleute nunmehr imstande waren, den Vorschlag zu prüfen, kam man zu dem Ergebnis, daß das Angebot trotz einer sofortigen Zahlung von nur 15 Milliarden Mark gegen eine geforderte befristete Zahlung von 16 Milliarden dennoch einen Betrag darstellte, der tatsächlich dem entsprach, was in Paris verlangt worden war. Der Gewährsmann des Vertreters des United Telegraph ist der Ansicht, daß eine wirklich geschickte Darlegung des Angebotes in England keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen würde.

ministerium nicht nur die wendischen Vorschläge abgelehnt, sondern den Lehrer Schneider zum Bezirks-Schulrat gewählt, obwohl die Wendem gegen diese Wahl des Kultusministeriums lebhaften Widerspruch erhoben haben. Der Lehrer Schneider hat bisher nur an einer zweifelhafte Vorlesung Unterricht erteilt. Für den Schulratsposten ist er weder besonders vorgebildet, noch etwa infolge umfassender Erfahrungen auf schulischem Gebiete besonders geeignet. Dafür aber ist es ein sehr tätiges Mitglied der sozialdemokratischen Partei, wodurch unter heutigen Verhältnissen bekanntlich für die verantwortungsvollsten Ämter der Befähigungsnachweis erbracht wird.

Wärmegewinn im preussischen Landtage.

Berlin. Bei Erörterung der Märzruhen in Mitteldeutschland kam es gestern im preussischen Landtage zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Mehrheitssozialisten und den Kommunisten, sodaß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Großes Aufsehen erregte es, als Minister Severing mitteilte, daß die kommunistische Partei ihre Spitzel sogar in den preussischen und in den Reichsministerien habe, die Abschriften amtlicher deutscher Dokumente nach Moskau weiterleiten.

Warenbott gegen die Entente.

In Hamburg ist auf Anregung der dortigen Kaufmannschaft von den Hotelbesitzern ein vollständiger Bontott gegen Erzeugnisse englischer, französischer und belgischer Herkunft beschlossen worden. Die Bewegung hat auch auf Breslau übergreifen. Der Verein Berliner Hotelbesitzer steht dem Bontott ebenfalls sympathisch gegenüber. Man glaubt jedoch, daß er in Berlin nicht zur völligen Durchführung kommt, da die hiesigen Restaurationsbetriebe noch große Bestände ausländischer Waren auf Lager haben.

Amerika und die Sanktionen.

Der amerikanische General Allen erhielt aus Washington den Befehl, daß die amerikanischen Truppen im Rheinlande auch in Zukunft an keinerlei Aktion gegen Deutschland teilnehmen dürfen, die auch immer von den europäischen Alliierten als Sanktionen unternommen werden könnten.